



Editorial

Die Steuerquellen sprudeln, die Wirtschaft brummt – alle sollten zufrieden sein. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Zwei Trennlinien spalten das Land: Die Industrie gedeiht durch Exportnachfrage und inländische Ausrüstungsinvestitionen prächtig. Nur regional tätige Unternehmen wie die Bauwirtschaft und der Einzelhandel sind davon abgekoppelt – mit der Folge einer Spreizung in der Lohn- und Gehaltsentwicklung. Die zweite Linie trennt Steuerzahler von Transferempfängern. 10% der Steuerpflichtigen schultern 50% des Steueraufkommens. Erklärt also das Feld aus Transferempfängern und lokal Beschäftigten unter dem Begriff „Gerechtigkeitslücke“ die Stimmung? Unter den Tisch fällt, dass erheblich verbesserte Arbeitsmarktbedingungen die Sozialkassen entlasten und Karrieremöglichkeiten verbessern, was allen, auch den Transferempfängern, zugutekommt.

Eine Steuer- und Abgabenreform wird gefordert, und drei Ansätze streiten um Deutungshoheit: das Abtragen des „Mittelstandsbauchs“ im Steuertarif als Entlastung der Leistungsträger, das Schließen der Gerechtigkeitslücke durch steuerlich verschärften Zugriff auf hohe Einkommen und Vermögen und schließlich das Verringern der Abgabenbelastung durch Umschichtung in eine Steuerfinanzierung, um die Bedürftigen direkt zu erreichen. Im ersten Fall fehlt die Gegenfinanzierung oder besser: die notwendige Ausgabenreduktion. Im zweiten Fall stellt sich die Frage, ob nicht das Schaffen von Arbeitsplätzen in Deutschland hierdurch deutlich unattraktiver wird. Eine vermehrte Steuerfinanzierung der Sozialversicherungsausgaben findet schließlich ihre Grenzen dort, wo das Äquivalenzprinzip, das die Beitragserhebung in dieser Form begründet, zerstört wird, also Gruppen Finanzierungsleistungen erbringen, ohne leistungsberechtigt zu sein – beispielsweise Selbstständige.

Gibt es einen Königsweg? Die These, dass diese unbefriedigende Lage erst durch die Ausgestaltung unseres Steuer- und Abgabensystems erzeugt wurde, erscheint nicht abwegig. Denn ein Staat, der in erheblichem Maß umverteilt, erzeugt Abgabenbelastung und Transferempfänger – und nimmt den lokalen Märkten ihre Nachfrage. Gefordert ist weiterhin der Paradigmenwechsel, eine neue Steuerreform, die die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und das Erfordernis von deren Konsolidierung vor allem von der Ausgabenseite denkt. Mental bedeutet dies, den Übergang von einem versorgenden zu einem vorsorgenden Staat einzuleiten. Die Zeit läuft ab, eine derartige Politik angesichts der demographischen Veränderungen erfolgreich umsetzen zu können. Die Arbeitsmarktreformen vor einigen Jahren zeigen: Politische Führung und politisches Handeln im Sinne des „Bohrens dicker Bretter“ sind hier mehr denn je gefordert – und Erfolg ist möglich.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*